Bringt London das Ende des Dämmwahns?

geschrieben von Admin | 16. Juni 2017

Der sogenannte Klimaschutz nimmt immer unverantwortlichere Formen an. Gestern hat ein Brand in einem Londoner Hochhaus 17 Tote gekostet, viele weitere Bewohner gelten zur Stunde noch als vermisst. Die Achse des Guten berichtete gestern als erstes Medium überhaupt darüber, dass die jüngst an dem Hochhaus angebrachten Wärmedämm-Platten möglicherweise als Brandbeschleuniger wirkten und für die rasend schnelle Ausbreitung des Feuers verantwortlich sein könnten. Inzwischen ist das keine Vermutung mehr. Der Verdacht hat sich leider bestätigt.

Dies war eine Katastrophe mit Ansage. Die Achse des Guten berichtete bereits vor einem Jahr über spektakuläre Brände von mit Polystyrol (landläufig Styropor genannt) gedämmten Fassaden. Das Problem war lange bekannt, die Feuerwehren warnten – nur wollte keiner zuhören. Politiker, die bislang Augen und Ohren fest verschlossen, kündigen jetzt plötzlich „gewissenhafte Untersuchungen“ an (Theresa May). Der bayrische Innenminister Joachim Herrmann, als Spitzenkandidat der CSU bereits im Wahlkampfmodus, ließ verlauten: „Wir nehmen das zum Anlass um zu überprüfen, ob die aus energetischen Gründen geforderte Außendämmung eine zusätzliche Brandgefahr auslöst“.

SRF 1 Ausschnitt zur Brandursache beim Londoner Hochausbrand

Das ist eine erstaunliche Aussage. Ganz einfach, weil das richtige Leben die Antwort längst gegeben hat, was auch Herrn Hermann und seinem Fachreferat bekannt sein sollte. Denn schon am Dienstag den 17.5.2016 starben im Duisburger Stadtteil Meiderich bei einem Wohnungsbrand eine 33-jährige Mutter und ihre beiden Söhne (8 und 14 Jahre). 27 Menschen haben bei dem Brand Verletzungen erlitten. Der Brand hatte sich vom Erdgeschoss ausgehend über die Außenfassade bis ins Dach des viergeschossigen Hauses ausgebreitet, „wie an einer Zündschnur„, sagt Feuerwehr-Chef Oliver Tittmann: „Es war ein dramatischer Einsatz.“ Mit den genau gleichen Worten schilderten Augenzeugen die Brand-Explosion in London. Die Flammen breiten sich nicht nur rasend schnell aus, es entstehen dabei auch besonders giftige Dämpfe.

Eine Statistik zu den Vorfällen gibt es nicht

Live und beklemmend konnte man so ein Feuerwerk schon zu Silvester 2015 an einer Hochhausfassade in Dubai beobachten, einen weiteren als Video dokumentierten Vorfall gab es in Frankreich. Die Zahl solcher gefährlicher Fassaden-Brände dürften mittlerweile alleine in Deutschland in die Hunderte gehen, eine Statistik zu den Vorfällen gibt es aber nicht, auch keine Zahl über die dabei schwer Verletzten oder

umgekommenen Menschen.

Wenn es nicht um das ideologische Steckenpferd und Klimaschutz ginge, den unsere Kanzlerin zum heiligen Gral erklärt hat, hätten die Behörden diesem Spuk mit Sicherheit längst ein Ende gesetzt. Die Feuerwehren wissen bescheid, hängten es bisher aber nicht an die große Glocke – die üblich politisch korrekte Beißhemmung. Auch viele Medien weisen in der Berichterstattung über solche Vorfälle deutliche Lücken auf. In einem Land, in dem Bauvorschriften selbst die Neigung der Dachziegel festlegen, ist diese offensichtliche Ignoranz gegenüber einem lebensbedrohenden Risiko kaum zu glauben.

Joachim Herrmann wählte daher seine Worte sorgfältig als er sagte: „Ein vergleichbarer Fassadenbrand an einem Hochhaus ist in diesem Ausmaß bei uns so gut wie ausgeschlossen.“ Man beachte die Wortwahl: Die Betonung liegt auf „Hochhaus“. Das fängt laut der Dämmvorschriften in Deutschland aber erst bei 22 Metern Höhe an, darunter dürfen Materialien wie Polystrol angebracht werden. Das Gros der Bevölkerung wohnt in Deutschland aber nunmal in Gebäuden unter 22 Metern – und diesen Menschen wird so eine falsche Sicherheit vorgegaukelt.

Nur zur Information: Im Jahre 2015 wurden in Deutschland 36,3 Millionen Quadratmeter solcher Dämmsysteme an die Fassaden geklebt. Bei einem vorsichtig geschätzten Preis von 120 Euro pro Quadratmeter ergibt dies einen Umsatz von über 4 Milliarden Euro. Klima-Ideologen und Industrie-Lobbyisten reichen sich bei den immer strengeren Wärmedämmvorschriften die Hand. Man sagt nicht umsonst, dass beispielsweise die Dämmvorschriften der deutschen Energiesparverordnung (EnEV), die Polystrol-Produzenten wie der BASF zu Milliardengeschäften verholfen haben, in Helmut Kohls Wahlkreis Ludwigshafen ersonnen worden seien.

Eine kurze Geschichte des Wahnsinns

Es lohnt sich, die Geschichte dieses Wahnsinns noch einmal zu rekapitulieren: Die Wirksamkeit der zur Weltrettung verordneten Dämm-Maßnahmen weicht in der Praxis häufig von den auf dem Papier prognostizierten Ersparnissen ab – und zwar nach unten. Mieter berichten häufig von nicht eingetretenen Einsparungen. Zuverlässig treffen lediglich die Mieterhöhungen ein. Eine nunmehr schon mehrere Jahre alte Prognos-Studie zeigte, dass die Energieeinspar-Auflagen bar jeglicher ökonomischer Vernunft sind. Das Ergebnis bestätigt auch Kritiker, die seit Jahren warnen, die Dämmung von Fassaden führe nicht zu der von Bauwirtschaft und Regierung versprochenen Senkung der Heizenergiekosten. Dafür lässt die teure Massnahme die Mieten und Baukosten explodieren. Auch müsste man einmal die schlichte Frage stellen: Warum sollen unsere Häuser eigentlich für sibirische Verhältnisse gedämmt werden, wenn das Klima doch angeblich immer wärmer wird, laut einschlägiger Prognosen vor allem im Norden und im Winter?

Aber vorläufig gibt’s jetzt nochmal ordentlich Schotter für die

Entsorger-Betriebe, denn seit der Novellierung der Abfallverzeichnisverordnung (AVV) Anfang März 2016 sind die Vorgaben für die Entsorgung der Polystyrol-Dämmstoffe, die das Flammschutzmittel HBCD enthalten, neu geregelt. Seitdem heißt es: Zweimal die Hand aufhalten, denn Polysterol ist Sondermüll. Weil es aber gar nicht genug Abnahmestellen für diese Sondermüll-Lawine gibt, haben die ersten Dachdecker- und Fassaden-Sanierer bereits ihren Betrieb geschlossen, weil sie am Altmaterial förmlich ersticken und nicht wissen wohin damit. Bevor die Betriebe reihenweise pleite machen, soll jetzt eine Ausnahmeregelung her.

Die Lage noch einmal kurz durchbuchstabiert:

- Erst wurden Häuslebauer per Energiesparverordnung genötigt, teure Wärmeverbundsysteme an die Wand zu kleben. Plastiktüten im Supermarkt werden ausgemustert, statt dessen soll der Deutsche jetzt seine Wohnung darin einschweißen. Das ganze ist in vielen Fällen – besonders bei Altbauten – ögologisch wirkunslos bis kontraproduktiv und ökonomisch Geldverschwendung
- Wenn das Zeug schließlich von den schimmelnden Wänden herunterfällt, wird es erst richtig teuer, weil es sich, wie gesagt, um Sondermüll handelt. Und hier tritt erneut unser Staat in Gestalt der neuen Abfallverzeichnisverordnung (AVV) auf den Plan, die den Bürger noch einmal abkassiert. So etwas nennt man Kreislaufwirtschaft.
- Es ist sogar ein doppelter Kreislauf: Polystyrol ist ein Erdölprodukt, das von unserem Staat zunächst auf eine Umlaufbahn an unsere Hauswände geschickt wird, um anschließend in einer Sondermüll-Verbrennungsanlage verfeuert zu werden. Das hätte man mit dem Erdöl auf dem kleinen Dienstweg auch sofort tun können. Hätte eine Menge Energie und Geld gespart.
- Nach der Londoner Katastrophe wird nun endlich in aller Öffentlichkeit klar, um was für einen gefährlichen und mörderischen Wahnsinn es sich dabei handelt.
- Besonders heiß ist übrigens die Kombination eines dick mit Styropor gedämmten Hauses mit Solarzellen auf dem Dach. Diese Stromerzeuger haben nämlich einen kleinen Nachteil: Die Feuerwehr kann sie im Brandfall nicht löschen. Sie produzieren Gleichstrom und das nicht zu knapp – selbst kleinere Anlagen auf Einfamilienhäusern. Und das auch bei bedecktem Himmel, es braucht keine Sonne sondern nur Licht. In der Nacht reicht sogar die Einsatzbeleuchtung der Feuerwehr um die Stromproduktion einzuleiten. Löscht die Feuerwehr die Solaranlage mit Wasser, leitet es, und setzt alles unter Strom – die Retter und die Bewohner eingeschlossen. Der Einsatz von Schaum bringt nicht unbedingt viel, ist eine Schmutz abweisenden Beschichtung vorhanden, rutscht er einfach ab. Und die noch schlechtere Nachricht: Die Anlagen sind nicht abschaltbar. Auch die Leitung zwischen den Modulen und dem Wechselrichter steht – selbst bei gezogener Hauptsicherung – weiter unter Strom. Ein Ratgeber für Feuerwehren empfiehlt daher ein Vorgehen wie bei „Hochbrand“ und „Hochspannung“. Das heißt in der Regel ein „kontrolliertes“

abbrennen lassen, denn „Stand heute gibt es keine sinnvolle Methode um im Ernstfall eine Photovoltaikanlage auszuschalten“. Inzwischen wird das Risiko auf die Feuerwehrleute abgewälzt, sie sollen trotzdem irgendwie löschen.

Was bleibt, sind Kreisläufe von Irrsin und Beschiss. Das in Europa verankerte Vorsorge-Prinzip heißt laut „grüner“ Auslegung übrigens: Man muss Dinge schon dann verbieten, wenn ein Riskio nicht ausgeschlossen werden kann. Die Realität heißt: Wenn es um die „gute Sache“ geht, wird ein Risiko auch dann ignoriert, wenn es Tote gibt.

Appropos Risiko – Kleiner Tipp für Kapitalanleger, die Aktien der großen Polystrol-Produzenten im Portfolio haben: Verkaufen.

Übernommen von ACHGUT hier